

## ZUSAMMENFASSUNG CERD PARALLELBERICHT

*Redeeming colonial injustices is not a mere question of political negotiation leverage nor a mere question of morality.*

*The colonial crimes of expansion, extraction and exclusion require a constitutional and human rights-based approach to reparations, restitution and “restorative justice”.*

Staatenberichtsverfahren vor Menschenrechtsausschüssen der Vereinten Nationen bieten der Zivilgesellschaft ein Forum, dringenden Themen des Menschenrechtsschutzes auch auf dieser, internationalen Ebene gleichberechtigt neben den Eingaben und Vorträgen der jeweiligen Regierungen Gehör zu verschaffen. Diese Möglichkeit ist umso bedeutsamer, da die Arbeit dieser Ausschüsse dazu dient, Staaten anzuhalten, ihre Verpflichtungen unter den verschiedenen internationalen Menschenrechtsabkommen einzuhalten. Dies schafft einen Raum, die Politik und Praxis der zu begutachtenden Staaten kritisch zu beleuchten. Dies erfolgt in institutionalisierter, vertraglich geregelter Form vor einem Expert\*innengremium, das als eingesetztes Vertragsorgan unabhängiger „Wächter“ über die Einhaltung der Abkommen ist. Damit können die Staatenberichte, zu deren Eingabe die unter Begutachtung stehenden Staaten im Rahmen des Staatenberichtsverfahrens verpflichtet sind, von der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen durch Einreichung eines sogenannten Parallelberichts begleitet werden. Dort wo geboten, können fehlende Informationen geliefert oder fehler- oder lückenhafte Darstellungen durch weiterführende Erklärungen ausgeglichen werden. Zudem bietet das Staatenberichtsverfahren die Möglichkeit, in öffentlichkeitswirksamer Weise Forderungen an die Regierungen zu formulieren, so z.B. wenn Menschenrechtsverletzungen unter dem jeweiligen Abkommen festgestellt werden, wie diese Verletzungen wiedergutmacht und in der Zukunft vermieden werden können.

Um den Umgang Deutschlands mit menschlichen Gebeinen (*human/ ancestral remains*) aus kolonialen Kontexten und die uneinheitliche Restitutionspraxis in diesem Bereich anzuprangern, hat das ECCHR zusammen mit den Partnerorganisationen Berlin Postkolonial e.V., Decolonize Berlin e.V., Flinn Works und der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD) einen solchen Parallelbericht zu dem Ausschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD) eingereicht. Zu den Aufgaben dieses Ausschusses gehört es, die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Internationalen Abkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung (ICERD) zu überwachen. Dabei rügt der Ausschuss Menschenrechtsverletzungen und verpflichtet Staaten dazu, Maßnahmen zu ergreifen, Menschenrechte gleichberechtigt und effektiv zu schützen sowie Diskriminierungen zu verhindern und zu unterlassen.

Die Kernaussage des Parallelberichts ist, dass der Umgang mit den *ancestral remains* durch deutsche Institutionen und Museen eine rassistische Diskriminierung im Sinne von Artikel 1 ICERD darstellt und die Bundesrepublik Deutschland damit ihre Pflichten insbesondere aus Artikeln 2, 5, 6 und 7 ICERD verletzt.

Dabei sind im Falle des Umgangs mit menschlichen Gebeinen/ *ancestral remains* zwei Punkte besonders hervorzuheben.

Grundsätzlich ist es wichtig zu verstehen, dass die Forderung nach Restitution eng verknüpft ist mit der Aufarbeitung kolonialen Unrechts und der aufrichtigen und konsequenten Anerkennung (rechtlicher) Verantwortung für Kolonialverbrechen und für die Schaffung kolonialer Unrechtssysteme. Diese Verbindung zwischen kolonialer Vergangenheit und Erfahrungen rassistischer Diskriminierung in der Gegenwart wird im letzten Staatenbericht Deutschlands zu CERD völlig vernachlässigt, obschon es auch seinerzeit Restitutionsdebatten

gab. Daher knüpft der Parallelbericht auch an die dekoloniale Rechtstradition des ICERD an. Dort steht in der Präambel: „*that the United Nations has condemned colonialism and all practices of segregation and discrimination associated therewith, in whatever form and wherever they exist.*”<sup>1</sup> Die menschlichen Gebeine, die in deutschen Institutionen lagern, zum Teil unter ethisch höchst bedenklichen Umständen, sind die Überreste eines Menschenlebens, eines Menschen mit Menschenwürde, einer Person die Teil, deren Andenken Teil einer Gemeinschaft und einer Familie ist. Die Dehumanisierung dieser Menschen durch zunächst die Art wie sie aus den Kolonien nach Deutschland verbracht wurden und später bis heute durch den Umgang mit ihren Gebeinen verursacht ein transgenerationales Trauma. Beides entspricht der rassistischen Logik und dem Weltbild des Kolonialismus, der in dem zu kolonisierenden Subjekt ein Objekt sieht und den Menschen, den oftmals Schwarzen Menschen, zu einer Ware macht, sowohl in Form des Sklavenhandels als auch eben in Form der Kommodifizierung der menschlichen Gebeine zu Ausstellungs- und Forschungszwecken. Die Art und Weise des Umgangs mit *ancestral remains* bzw. das Unterlassen ernsthafter und einheitlicher, sensibler und menschen- und grundrechtsbasierter Maßnahmen, um die Zuordnung und Zurückführung menschlicher Gebeine zu ermöglichen und durchzuführen perpetuiert die rassistische Diskriminierung derer, die Opfer des Kolonialismus wurden. Zugleich verletzt dies auch deren Nachfahren, die immer noch unter den Folgen kolonialistischer Expansion und Ausbeutung leiden, denen Menschlichkeit bis heute versagt bleibt und deren Menschenwürde aberkannt wird, obgleich sie im deutschen Grundgesetz universal gilt.

Weiterhin ist es wichtig zu verstehen, dass es an einer einheitlichen (rechtlichen) Regelung bis heute fehlt. Oder es bedürfte zumindest einer Verständigung, die nicht nur performative Wirkung entfaltet, darüber, eine verfassungsrechtliche und menschenrechtlich basierte Restitutionspraxis effektiv zu initiieren und zu formalisieren. Die Restitutionspraxis, wenn sie denn existiert, gleicht vielmehr einer Landschaft an Einzelfällen, immer basierend auf individuellen Entscheidungen und institutionellen Zufällen, in denen die Nachfahren und Herkunftsgesellschaften auf den guten Willen der Einzelnen angewiesen sind. Nicht verstanden wird, dass es sich hier um eine Frage des Rechts handelt, um einen Rechtsanspruch der Nachfahren und Herkunftsgesellschaften gegen den deutschen Staat, in dem Willkür schon aus rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nichts zu suchen hat.

Deshalb besteht die Forderung nach einer systemischen Veränderung, vor allem auch des Rechts und der Rechtspraxis. Der Bericht argumentiert daher auch für eine dekoloniale Rechtsanwendung und -auslegung des deutschen (Verfassungs-)Rechts etwa mit Blick auf die Grundrechte aus Artikeln 1 und 2 GG, die das Grundrecht der (postmoralen) Menschenwürde, der Totenruhe und des würdevollen Gedenkens verbürgen.

Angeichts dieser Kritikpunkte ist es Ziel, im Rahmen des Staatenberichtsverfahrens in einen konstruktiven Dialog mit der Bundesregierung zu diesem Themenkomplex zu treten. Ausgangspunkt muss dabei ein Verständnis sein für die historische Verantwortung, die sich aus der kolonialen Vergangenheit und des Unrechts ergibt. Zentral ist darüber hinaus eine tatsächliche Umsetzungsbereitschaft der Bekenntnisse, die in den verschiedensten kürzlich beschlossenen internationalen Vereinbarungen zur Beseitigung von rassistischer Diskriminierung allgemein und zur Förderung der Menschenrechte von Menschen mit afrikanischen Vorfahren im Besonderen niedergelegt wurden. So formuliert z.B. die Durban Declaration: „*We recognize that colonialism has led to racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance, and that Africans and people of African descent, and people of Asian descent and indigenous peoples were victims of colonialism and continue to*

---

<sup>1</sup> ICERD Preamble, die ihrerseits verweist auf die Resolution der Generalversammlung, Res. 1514 (XV), Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples, UN Doc. A/RES/15/1514, 14. Dezember 1960.

*be victims of its consequences. We acknowledge the suffering caused by colonialism and affirm that, wherever and whenever it occurred, it must be condemned and its reoccurrence prevented. We further regret that the effects and persistence of these structures and practices have been among the factors contributing to lasting social and economic inequalities in many parts of the world today;*<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund fordern wir vor allem:

- (1) Dass Deutschland ein Verständnis für seine weitreichenden Verpflichtungen unter ICERD entwickelt, vor allem mit dem Blick auf die Verbindung von kolonialem Unrecht und Lebenswirklichkeiten rassistischer Diskriminierung in der Gegenwart. Dies muss sich in einer neuen Praxis der „Restorative justice“ niederschlagen, die effektive menschen- und grundrechtsbasierte Restitution bedeutet. Konkret bedeutet dies mehr und dekoloniale Provenienzforschung und Zugang zu den Beständen und Informationen, die Restitutionen ermöglichen.
- (2) Die Schaffung einer einheitlichen Rechtsgrundlage bzw. Rechtsrahmen für die Restitution von menschlichen Gebeinen und die Schaffung von Rechtssicherheit und Transparenz für Nachfahren und betroffene Herkunftsgesellschaften, wenn diese ihre Restitutionsbegehren geltend machen.
- (3) Auf der Grundlage von Isabelle Reimanns‘ Gutachten „zum Bestand menschlicher Überreste/ *Human Remains* aus kolonialen Kontexten in Berlin“: Zur Begleitung der weitergehenden Provenienzforschungs- und Repatriierungsarbeit wird die Einrichtung eines *advisory board* oder einer Kommission empfohlen. Das *advisory board* oder die Kommission soll dabei sowohl von erfahrenen Repatriierungspraktiker\*innen besetzt sein, als auch Vertreter\*innen von Communities und indigener Organisationen, deren Vorfahren sich voraussichtlich in den Sammlungen befinden.
- (4) Ebenso, empfehlen wir mehrerer institutions-übergreifender, interdisziplinärer und transnational ausgerichteter Forschungsprojekte/Repatriierungsprojekte mit Beteiligung des *advisory boards*.

---

<sup>2</sup> Report of the World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance (Durban Declaration), UN Doc. A/CONF.189/12, 8. September 2008, para. 14.